

Wer auch immer im Niger an der Macht ist – die ökonomischen Aussichten des Landes sind düster

Thomas Bierschenk/7.9.23

Mit jetzt Gabun und jüngst Niger sind mittlerweile sechs ehemalige französische Kolonien in West- und Zentralafrika unter die Kontrolle von Militärs geraten. Diese Staatsstrieche – oder Palastrevolutionen? -- werden häufig unter der Fragestellung diskutiert: „was hat der Westen/haben wir falsch gemacht“. Damit wird suggeriert, man könne eine unmittelbare Verursachungskette vom Kolonialismus oder von falschen Ansätzen in der Afrikapolitik der letzten 60 Jahre zu diesen Putschen herstellen. Das bestätigt manche Autoren in dem, was sie ohnehin schon wussten, und es nährt Schuldgefühle gegenüber der kolonialen und neokolonialen Vergangenheit. Im Grunde steht eine solche Perspektive aber im Widerspruch zu der Forderung, afrikanischen Akteuren auf Augenhöhe zu begegnen und ihnen ihre eigene Handlungsmacht zuzugestehen.

Der Hintergrund des Staatsstreiches im Niger ist eine kollusive Konfiguration, an der verschiedene Akteure, afrikanische genauso wie europäische, mit ihren jeweiligen Interessen beteiligt sind. Der Putsch im Niger hatte zunächst kein politisches Programm. Vielmehr hatte der Putschführer Abdourahamane Tiani (in anderer Schreibweise Tchiani) eine persönliche Auseinandersetzung mit dem Präsidenten Bazoum – in der einen Version, weil dieser eine größere Transparenz bei der Verwendung des Budgets der finanziell bestens ausgestatteten Präsidentschaftswache gefordert hatte, in der anderen, weil der Präsident Tiani absetzen wollte. Die Begründung des Staatsstreiches durch die Putschisten mit der sich verschlechternden Sicherheitslage steht dagegen im Widerspruch zu den Einschätzungen aller Beobachter. Offensichtlich waren die Putschisten zunächst davon ausgegangen, dass es nach dem Staatsstreich im Verhältnis zum ‚Westen‘ und den afrikanischen Nachbarstaaten, vor allem auch in der militärischen Kooperation, weiterhin *business as usual* geben würde, wie schon zuvor bei den Militärputschen in Mali, Burkina Faso und Guinea. Die kritische Haltung der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS unter der Führung des erst kürzlich gewählten nigerianischen Präsidenten Tinubu traf sie augenscheinlich unvorbereitet. Erst in Reaktion auf die ECOWAS sowie auf äußerst ungeschickte Verlautbarungen der französischen Regierung kam ein zunehmend antifranzösischer Duktus und ein antikolonialer Zungenschlag in die Verlautbarungen der Junta. Diese wiederum fanden dann auf den Straßen von Nigers großen Städten ein breites Echo.

In der ECOWAS sind vor allem die westafrikanischen Küstenstaaten tonangebend, nach der Suspendierung von Mali, Burkina Faso und Guinea (und jetzt Niger) wegen der dortigen Militärputsche mehr denn je. Das Schwergewicht der ECOWAS ist Nigeria, das schon vor den Suspendierungen mehr als die Hälfte der Bevölkerung und Wirtschaftskraft der Gemeinschaft ausmachte. Die gewählten politischen Eliten dieser Küstenstaaten haben kein Interesse daran, dass sich das Format Militärputsch in der ganzen Region durchsetzt, was ihre eigenen Positionen unmittelbar bedrohen würde. Sie sind also keineswegs, wie vor allem auch von nigrischer Seite behauptet, bloße Marionetten westlicher oder gar französischer Interessen. Dass Nigeria Befehlsempfänger der französischen Regierung sei oder gar in „deren Sold stehe“ (Originalton der Putschisten) ist eine absurde Behauptung.

Die putschenden Offiziere im Niger wiederum sind keineswegs ‚das Volk‘, sondern gehören zur wirtschaftlichen und politischen Elite des Landes. Es handelt sich um eine nationale Teilelite, die von der militärischen Zusammenarbeit mit Frankreich und den USA enorm profitiert hat, nicht nur institutionell, sondern auch persönlich. Tiani zum Beispiel, dem eine langjährige enge persönliche Beziehung zum vorherigen Präsidenten Nigers, Mahamadou Issoufou, nachgesagt wird, hat an mehreren, zum Teil einjährigen Ausbildungsprogrammen in Frankreich und den USA teilgenommen sowie an Missionen der Vereinten Nationen in der Elfenbeinküste, dem Sudan und im Kongo. Solche Auslandsaufenthalte sind bei afrikanischen Beamten heiß begehrt, da die gezahlten

Auslandszuschläge die Grundgehälter um ein Mehrfaches übertreffen. Tiani war im Übrigen auch an der multinationalen Task Force des Niger, des Tschad, Nigerias und Kameruns zur Bekämpfung der islamistischen Terrororganisation Boko Haram beteiligt und somit unmittelbar selbst für die von ihm beklagte Sicherheitslage verantwortlich. Darüber hinaus gab es im militärischen Bereich im Niger in den letzten Jahren massive Fälle von Korruption, bei denen es um sehr viel Geld ging.

Mit anderen Worten ist der Staatsstreich eine Auseinandersetzung zwischen Teileliten: Auf der einen Seite eine demokratisch gewählte (auch wenn die Wahlen keineswegs immer sauber verlaufen), auf der anderen Seite die in den letzten Jahren aufgrund der Sicherheitslage und der Zusammenarbeit mit Frankreich und den USA erstarkte militärische Elite, beide biographisch eng mit Frankreich und dem Westen verbunden, und beide wenig unterschieden im Grad ihrer Käuflichkeit.

Wenn der Putsch also ein Ausdruck von Strukturfaktoren ist, dann in erster Linie von äußerst fragilen politischen Institutionen, in denen persönliche Konflikte unmittelbar zu einer Staatskrise führen können, mehr als 60 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit des Landes.

Die Situation in Niger wird oft in Verbindung mit dem Uranbergbau gebracht, der für das Land als äußerst unvorteilhaft angesehen wird. In der Tat hat Frankreich durch seine staatliche Firma Areva (heute Orano) bis in die 2000er Jahre das nigrische Uran zu einem politisch erzwungenen Vorzugspreis erhalten. Diese Zeiten sind allerdings vorbei, nicht zuletzt aufgrund der zähen Verhandlungen des ehemaligen Staatspräsidenten Issifou, der von Beruf Bergbauingenieur ist. Diese Verhandlungen wurden in den nigrischen Medien in den 2010er Jahren breit thematisiert, und sie haben möglicherweise zu überhöhten Erwartungen daran geführt, welche Entwicklungsschübe bei einem ‚fairen‘ nigrischen Anteil an den Erlösen der Uranproduktion möglich wären. Der Uranpreis ist allerdings seit seinen Spitzenerlösen im Jahre 2007 auf 40 Prozent gefallen. Heute ist der Niger im Vergleich ein kleiner Uranium-Produzent mit einem vierprozentigen Anteil an der Weltproduktion. Selbst wenn knapp 20 Prozent des nach Frankreich importierten Urans aus dem Niger stammt, so hat Orano seine Bezugsquellen heute global diversifiziert, sodass es für Frankreich beim nigrischen Uran keineswegs um alles oder nichts geht. Die genauen Bedingungen, unter denen Orano heute Uran im Niger abbaut, sind nicht öffentlich bekannt. Es scheint aber, dass die an Niger gezahlten Lizenzgebühren den international üblichen durchaus vergleichbar sind; ohnehin müsste man bei einer genaueren Analyse eventuell differierende Produktionskosten berechnen. Die Opazität um die ökonomischen Bedingungen des Uranabbaus kann allerdings nicht einseitig Orano angelastet werden; sie kommt auch nigrischen Akteuren entgegen. Denn offensichtlich kommt ein Teil der nigrischen Einnahmen aus dem Urangeschäft nicht etwa, wie vorgesehen, den lokalen Gemeinschaften oder dem staatlichen Budget zugute, sondern wird im Land privat angeeignet. Wer auch immer im Niger an der Macht ist: die Regierung muss das Uran verkaufen – wenn nicht an Frankreich, dann an andere Käufer, was in der gegenwärtigen Marktsituation kein Selbstläufer ist. Im Übrigen wurden, neben dem Uran, in den letzten Jahren Erdöl und Gold von zunehmender Bedeutung für die Exporte des Niger. Daran ist Frankreich nicht beteiligt: Das Erdöl im Niger wird von den Chinesen, das Gold von Kanada und Südafrika gefördert und vermarktet. Insgesamt ist die wirtschaftliche Bedeutung von Niger für Frankreich somit verschwindend gering. Ausfuhren dorthin und Einfuhren von dort bewegen sich im unteren Promillebereich des gesamten französischen Außenhandels.

Unabhängig vom gezahlten Preis und der Frage, wo das für Uran gezahlte Geld ankommt, gilt es auch als gesicherte Erkenntnis der sozialwissenschaftlichen Forschung, dass Einnahmen aus natürlichen Ressourcen in armen Ländern in der Regel kein sich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum bewirken. Zu diesem Thema gibt es unter den Stichworten ‚Rentenökonomien‘ und ‚Ressourcenfluch‘ eine breite Literatur. Gabun ist hier ein gutes Beispiel: über 60 Jahre nach Beginn der Erdölproduktion lebt dort ein Drittel der Bevölkerung weiterhin unter Bedingungen extremer Armut. Die Erwartung,

dass Uran, Erdöl und Gold in Niger einen Entwicklungsschub produzieren könnte, würde für sie nur der faire Preis gezahlt, ist somit äußerst unwahrscheinlich. Realistischer ist die Annahme von Verteilungskämpfen innerhalb der Eliten, seien diese zivil und militärisch. Was natürlich kein Argument dafür ist, die Ressourcen unter Wert zu verkaufen.

Auch um die angebliche wirtschaftliche Bedeutung des Franc CFA für Frankreich ranken sich erhebliche Mythen. Die Gemeinschaftswährung Franc CFA, an der neben Niger sieben weitere Staaten in Westafrika beteiligt sind (in Zentralafrika gibt es einen parallelen Währungsverbund), wurde 1945 gegründet, um der international wenig konkurrenzfähigen französischen Wirtschaft ein, vor allem gegenüber der Dollarzone, abgeschottetes Einflussgebiet zu schaffen -- ein *pré-carré*, wie es in einem aus der Festungssprache entlehnten Begriff heißt. Ein Prinzip war und ist die freie Konvertierbarkeit des Franc CFA durch seine Anbindung an den französischen Franc (heute an den Euro). Damit war gewährleistet, dass in Westafrika erzielte Profite ohne hohe Transaktionskosten zurück nach Frankreich transferiert werden konnten. In der Folge hatten französische Firmen für mehrere Jahrzehnte eine Monopolstellung auf westafrikanischen Märkten. Aber auch diese Zeiten sind vorbei – in Niger sind heute nur noch ganze 20 französische Firmen aktiv und der Außenhandel mit Frankreich beträgt heute einen Bruchteil des Außenhandels mit China, dessen Unternehmen jetzt von der freien Konvertierbarkeit des F CFA profitieren. Heute ist das Interesse Frankreichs am F CFA also allenfalls noch politisch begründet. Die Einnahmen für die bei der französischen Zentralbank eingestellten afrikanischen Währungsreserven sind so gering, dass man sie vernachlässigen kann.

Die feste Anbindung früher an den französischen Franken, heute an den Euro stellt dagegen eine erhebliche Fessel für die Wirtschaftspolitik der Länder des Währungsverbundes dar. Diese gehören, mit Ausnahme der Cote d'Ivoire, alle zur Gruppe der allerärmsten Länder der Welt (den sogenannten *least developed countries*). Der Währungsverbund verhindert eine an die Entwicklungsbedürfnisse dieser Länder angepasste eigenständige Geldpolitik, erschwert wegen der Überbewertung der Franc CFA Exporte, und die mit der Währungsunion verbundene restriktive Geldpolitik verhindert, dass lokale Banken (früher im französischen Besitz, heute internationalisiert) ihre Hauptaufgabe erfüllen: nämlich die lokale Wirtschaft mit Krediten zu international marktüblichen Zinsen zu versorgen. Bei unseren Untersuchungen zur Privatwirtschaft in Nigers Nachbarland Benin beklagten alle befragten Unternehmer, dass es praktisch unmöglich sei, Bankkredite zu erhalten, und benannten dies als ihre größte unternehmerische Herausforderung. Bezeichnenderweise lagen die jährlichen Wachstumsraten im Währungsverbund zwischen 1960 und 2017 selbst für die beiden größten Volkswirtschaften - Côte d'Ivoire und Senegal – deutlich unter einem Prozent, und damit erheblich unter denen der Nachbarländer, die nicht dem Block angehören. Zaghafte Versuche zur Industrialisierung der 1950er und 1960er Jahre wurden in den darauffolgenden Jahrzehnten zurückgefahren, sodass alle Sahelstaaten heute faktisch deindustrialisiert sind.

Neben multinationalen Unternehmen, Banken und Importeuren profitieren vom Währungsverbund auch lokale Eliten. Die mit dem überbewerteten Franc CFA verbundene Verbilligung der Importe erlaubt ihnen einen Lebensstandard, der vom Entwicklungsstand der eigenen Volkswirtschaften abgekoppelt ist, und ermöglicht es ihnen, ihre Einkommen jederzeit aus dem Land zu transferieren.

Seit 2020 ist die Abschaffung des Franc CFA beschlossene Sache. Dass dieser Beschluss bislang nicht umgesetzt wurde, liegt daran, dass sich die afrikanischen Regierungen nicht darauf einigen können, was den Franc CFA ersetzen soll – auch hier wieder vor dem Hintergrund der Konflikte zwischen Küsten- und Inlandsstaaten, der Auseinandersetzungen über das relative Gewicht anglophoner und frankophoner Volkswirtschaften und der Differenzen über die Rolle Nigerias in der geplanten afrikanischen Gemeinschaftswährung.

Kurz gesagt: der französische Kapitalismus braucht Niger nicht. Wirtschaftlich sind die anglophonen Länder Afrikas für Frankreich von weitaus größerer Bedeutung als die Sahelstaaten. Was nicht heißt, dass alle Akteure in Paris auch in diesem Bewusstsein handeln. Wie die zumindest sehr ungeschickten rhetorischen Reaktionen der französischen Regierung auf den Putsch in Niger verraten, ist Paris immer noch nicht frei von spätimperialen Phantasmen und historischen Anachronismen. Wirtschaftlich ist der Niger für Frankreich ohne große Bedeutung. Der Verlust früherer privilegierter Beziehungen unterminiert aber unmittelbar Frankreichs Präentionen auf den Status einer Großmacht.

Wechseln wir nochmals die Perspektive hin zum Niger, dann ist es grundsätzlich irreführend, seine wirtschaftlichen Entwicklungsoptionen rein national zu denken. Eine sich selbst tragende wirtschaftlichen Entwicklung – im verarbeitenden Gewerbe oder in anderen Sektoren der Wirtschaft – kann nicht durch Wirtschaftsförderung von außen oder Entwicklungshilfe (durch ‚uns‘) angeschoben werden. Der Aufschwung kann auch nicht im Land selbst erfolgen. Er muss vielmehr in erster Linie internen Dynamiken der benachbarten wohlhabenderen Küstenländer entspringen. Von besonderer Bedeutung sind dabei Nigeria, Ghana und die Elfenbeinküste. Sahelstaaten wie Mali, Burkina Faso und Niger haben nur sehr begrenzte nationale Entwicklungsoptionen. Sie leben von der Ausfuhr von Bodenschätzen (aber siehe oben), begrenzten Agrarexporten, vor allem aber auch von den Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten. Seit der Kolonialzeit ist es im Niger und den anderen Sahelstaaten Tradition, dass junge Männer periodisch oder für längere Zeit in den westafrikanischen Küstenstaaten arbeiten. Dieser Arbeitsmigration hat der französische Ethnofilmer Jean Rouch in ‚Jaguar‘ schon 1967 ein beeindruckendes filmisches Zeugnis gesetzt. Es wird geschätzt, dass bis zur Hälfte der Bevölkerung des dem Niger benachbarten Mali im Ausland lebt. Interessanterweise haben die Rücküberweisungen der Arbeitsemigranten ebenfalls keine wirtschaftliche Entwicklung angestoßen, denn sie sind weitgehend in den Konsum (z. B. in den Hausbau im Herkunftsdorf) geflossen.

Das wirtschaftliche Schicksal des Niger ist somit eng von Nigeria und anderen Küstenstaaten wie Ghana und der Cote d’Ivoire abhängig, was sicher auch auf die Position dieser Länder im gegenwärtigen Konflikt abfärbt. Solange sich dort wirtschaftlich nichts tut, hat auch der Niger keine Entwicklungschance. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt, sind Nigers Steuereinnahmen die niedrigsten in ganz Afrika. Wichtiger sind Zolleinnahmen, aber selbst Einnahmen durch Steuern und Zölle decken kaum die Gehälter der Beamten – was übrigens erwarten lässt (die Zolleinnahmen sind ja im Moment weggebrochen), dass die Wirtschaftssanktionen der ECOWAS und der EU das Land über kurz oder lang in die Knie zwingen werden. So oder so wird Niger auf Dauer von Entwicklungshilfe (derzeit 40 Prozent des Staatshaushalts) abhängen. Entwicklungshilfe ist aber im ökonomischen Sinne genauso eine ‚Rente‘ wie Erdöleinnahmen. Man sollte mit ihr nicht die Erwartung verbinden, damit eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen – ein solcher Zusammenhang konnte bislang empirisch nirgendwo nachgewiesen werden. Es handelt sich vielmehr um eine Art von internationaler Sozialhilfe. Da diese aber dem deutschen und europäischen Steuerzahler plausibel gemacht werden muss, wird sie üblicherweise an Bedingungen (Demokratie, Menschenrechte, Frauenrechte, etc.) geknüpft. Das aber wiederum macht die geforderte Begegnung auf Augenhöhe schwierig – wer zahlt, schafft nun mal an. Dieses grundsätzliche Dilemma lässt sich durch Partnerschaftsrhetorik nur überdecken, nicht aber lösen.

In dieser Frage kann man durchaus eine Verbindungslinie zum Kolonialismus ziehen. Diesem wird oft vorgeworfen, ‚willkürliche‘ Grenzen gezogen zu haben, die kulturelle und ethnische Zusammenhänge zerschnitten haben. Abgesehen davon, dass alle Grenzen zwischen Staaten willkürlich, da historisch kontingent sind. Das größere Problem ist vielleicht, dass die kolonialen Eroberungen politische Einheiten geschaffen haben, die ökonomisch nicht funktional sind; ein Problem, dass durch die

Aufteilung der Region in ehemals französische und britische Kolonien verschärft wird. Paradoxerweise beobachtet man allerdings in Westafrika zurzeit im Zusammenhang mit den Militärputschen einen bemerkenswerten nationalistischen Schub, also eher eine Verstärkung der Balkanisierung und keine strategische Regionalisierung, die aus ökonomischer Perspektive eigentlich notwendig wäre.

Ein struktureller Hintergrund der gegenwärtigen Situation ist schließlich das gewaltige Bevölkerungswachstum – Niger, eines der ärmsten Länder der Welt, ist in dieser Hinsicht weltweit führend. Als ich 1985 zum ersten Mal in den Niger kam, hatte das Land ungefähr 7 Millionen Einwohner; heute sind es ca. 25 Millionen. Zwei Drittel von ihnen, also ca. 16 Millionen, sind unter 24 Jahre alt. Diese gewaltige Zahl an jungen Menschen – die weder die Kolonialzeit, noch in die neokoloniale Periode des *Françafrique*, noch die von den afrikanischen Zivilgesellschaften begeistert begrüßten Demokratisierungswellen des ‚afrikanischen Frühlings‘ um 1990 erlebt haben – hat, um es vorsichtig auszudrücken, keine guten wirtschaftlichen Aussichten. Sie sind meist prekär in einem riesigen informellen Sektor beschäftigt, wenn überhaupt. Diese Generation wurde zwar in zumindest formal demokratische Verhältnisse hineingeboren, kann aber in der im Westen gefeierten Mehrparteien-Demokratie keinen wirtschaftlichen Nutzen erkennen, wie er von vielen, nicht nur westlichen, Politikwissenschaftlern postuliert wurde. Sie haben stattdessen beobachtet, wie sich eine kleine Gruppe von Politikern im Kontext der Demokratie immens bereichert hat. In Nigers Hauptstadt Niamey gibt es einen von Villen geprägten Stadtteil, der im Volksmund, so behauptet wenigstens der Korrespondent der Tageszeitung *Le Monde*, spöttisch „wer hat hier nichts geklaut“ genannt wird.

Wer auch immer in Niger an der Macht ist, wird sich mit diesen ökonomischen Tiefenstrukturen auseinandersetzen müssen. Von allen Akteuren in der Region scheint das im Moment nur Algerien begriffen zu haben. Algeriens Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz zu den Entwicklungsoptionen des Sahel stellt zumindest einen kleinen Schritt in die richtige Richtung dar.

In der Gegenwart stellt der männliche Teil der flottierenden Masse junger Menschen in Niger das Fußvolk der anti-französischen Demonstrationen, die in unseren Medien wegen ihres Gruseffekts gerne gezeigt werden, vor allem, wenn dort eilig für den Anlass geschneiderte russische Fahnen geschwenkt werden. Im Kontext von ökonomischer Prekarität blühen Verschwörungstheorien, die Suche nach Sündenböcken und die Hoffnung auf neue Heilsbringer. Man kann darin den Wunsch lesen, trotz düsterer Zukunftsaussichten zumindest mit Respekt behandelt zu werden.

--

Dieser Text ist in redaktionell leicht veränderter Form am 7.9.2023 auch erschienen unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/putsche-in-afrika-welche-schuld-der-westen-traegt-19151967.html?premium=0x330b8b1970c5e6522d304ac933549121e77c3ab992d1fbc0e24fa5bac5a745b>

Thomas Bierschenk ist Professor (em.) für Kulturen und Gesellschaften Afrikas am Institut für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. biersche@uni-mainz.de